

Gastbeitrag. Menschen aus Bulgarien, Serbien oder Rumänien zieht es jetzt aus dem Quarantänelager EU „nach Hause“.

Die Sorgen der Staatenlosen der EU

VON FLORIN OPRESCU

In der Geschichte wurden Grenzen immer schon durch die dominierenden politischen Kräfte legitimiert, um die Vermehrung der Macht voranzutreiben, sowie wirtschaftliche wie menschliche Ressourcen zu bewahren. Innerhalb dieser Grenzen haben sich Millionen von Menschen „in Quarantäne begeben“, denen der natürliche Charakter der Landkarte sowie der natürliche Fluss der Ressourcen und implizit auch der Menschen, einerlei sind. Migration ist ein natürliches Phänomen, Grenzen allerdings keinesfalls.

Aus Angst vor dem Virus müssen wir uns jetzt in die Beton-Grenzen unserer Häuser zurückziehen. Wir erlegen uns eine Grenze auf, die Distanz zwischen uns und unseren alten, kranken Eltern schafft. Merkwürdigerweise machen uns die Angst und die Grenzen verletzlicher, weil es uns nicht mehr möglich ist, uns auf unsere natürliche Erfahrung und unsere Empathiefähigkeit zu verlassen. Grenzen sind das Resultat einer Politik, der es um Macht geht. Kurzfristig schützen sie vielleicht, langfristig aber entfremden sie. Die größte Gefahr der Grenzen ist Entfremdung.

In Nickelsdorf haben am 17. März die ungarischen Behörden die Grenzen geschlossen. Niemand soll mehr nach Ungarn kommen. Auf der Autobahn in Österreich gab es einen kilometerlangen Stau, etwa 4000 Menschen warteten auf die Erlaubnis, Ungarn zu durchqueren, um nach Rumänien, Bulgarien oder Serbien – nach Hause – zu kommen. Viele von ihnen sind Wirtschaftsflüchtlinge, Saisonarbeiter, die aufgrund der Krise ihren Job verloren haben. Es sind Menschen, die vor der Pandemie fliehen, vor Armut und strengen Isolierungsregeln. Sie fliehen von dort, wo sie wirtschaftliche Sicherheit gesucht hatten, dorthin, wo sie emotionale Sicherheit finden – eine abstrakte Sicherheit der familiären Vertrautheit, während sich ganz Europa in Quarantäne befindet. Aus dem Qua-

rantänelager, das die EU geworden ist, fliehen sie „nach Hause“.

Letztlich hat ihnen die ungarische Regierung, die zum Experten in Sachen Zäune und Mauern geworden ist, nach diplomatischen Verhandlungen mit Rumänien und Österreich, die Erlaubnis erteilt, zwischen 21 und 5 Uhr unter polizeilicher Eskorte das Land zu queren.

Die Menschen kehren zurück, weil sie eine andere Art von Sicherheit suchen, dort wo sie Häuser und Familie haben, dort wo man ihre Sprache spricht. Viele verstehen gar nicht, was ein Virus ist, warum sie Distanz wahren und Sozialkontakte meiden sollen, was Quarantäne bedeutet und warum sie nicht einfach „nach Hause“ dürfen. Für viele sind Grenzen Abstraktion. Sie wissen nicht, dass sie auch bei der Einreise nach Rumänien noch Grenzen erwarten, an denen sie mit Misstrauen und Geringschätzung gemustert und sortiert werden. Als sie damals gingen, wurden sie gekennzeichnet, stigmatisiert als die Unbeliebten – und genauso kehren sie nun zurück.

Europäer ohne Grenzen

Viele Europäer verstehen Flüchtlinge nicht, weil sie nicht wissen, was soziale Entbehrung bedeutet; sie haben nicht ihre Wohnung verloren, sie waren nie zwischen zwei Welten gefangen. Die Osteuropäer aus dem Westen blicken mit dem einen Auge in den fernen Okzident, der ihnen bis gestern zumindest materielle Sicherheit geboten hat, und mit dem anderen voll Heimweh zurück nach Rumänien. Sie sind die Staatenlosen der EU, die Menschen, die seit 30 Jahren von einem Ort zum anderen fliehen und nie wirklich ankommen. Sie sind Europäer ohne Grenzen, die aber jetzt alle Staaten außerhalb ihrer eigenen Grenzen wissen möchten. So entsteht aus der lähmenden Angst vor dem Virus gerade eine neue Karte mit Grenzen der Unzufriedenheit.

Dr. Florin Oprescu (* 7. Juni 1977, Hațeg, Rumänien) ist Gastlektor für Rumänisch am Institut für Romanistik (Uni Wien). Aus dem Rumänischen von Dorothee Fellinger.



Die große Krise steht uns noch bevor

Die Regierung bekommt aktuell viel Lob. Es ist aber zu erwarten, dass sich die Corona-Krise bald zu einer politischen Krise entwickeln wird.

VON ALEXANDER BOGNER

In der christlichen Eschatologie hat das Osterfest eine besondere Bedeutung, symbolisiert es doch die Gewissheit der Befreiung von aller Verdammnis. Nach einer 40-tägigen Fastenzeit feiert die Christenheit mit der Auferstehung Jesus Christi den Sieg über den Tod. Wir alle, ob gläubig oder nicht, fiebern im Moment in selbsterwartung dem Osterfest entgegen. Denn an diesem symbolträchtigen Datum wird sich weisen, ob die Macht des Virus, das Österreich in den Ausnahmezustand versetzt hat, noch länger anhalten wird oder aber eine langsame Rückkehr zu unseren gewohnten, liberal geprägten Lebensformen vertretbar erscheint.

In den Wochen des Ausnahmezustands haben wir gelernt, wie schnell sich die Dinge verkehren können: Abstand zu halten gilt unter dem Diktat des Virus als Gebot der Fürsorge, Kontaktvermeidung

wird zur höchsten Form der Solidarität. Um die Wirksamkeit der Krisenpolitik zu verbessern, sind wir bereit, politische Bedenken bezüglich der Nutzung von Handydaten zum Zweck der Mobilitätskontrolle hintanzustellen. Um Leben zu schützen (potenziell unser eigenes), akzeptieren wir die vorübergehende Einschränkung individueller Freiheitsrechte, die zum Kern der Demokratie gehören.

Das ist es, was der französische Philosoph Michel Foucault mit Blick auf die Seuchenbekämpfung im 18. und 19. Jahrhundert als „Biopolitik“ charakterisiert hat: Um das Leben produktiver, besser, lebenswerter zu machen, muss es überwacht, klassifiziert und administriert werden.

Diese Sorge um das Leben legitimiert die Ausübung von Macht, mitunter auch die Durchsetzung von Zwangsmaßnahmen, die geeignet sind, das Selbstverständnis der liberalen Demokratie auf die Probe zu stellen. Im Moment läuft,

könnte man sagen, ein groß angelegter demokratischer Stresstest in Echtzeit, man denke etwa an die Einschränkung der Versammlungsfreiheit, an Begrenzungen der Mobilität oder an Eingriffe in die freie Ausübung der Religion oder des Berufs.

Ein Ausnahmezustand, wie wir ihn derzeit erleben, lebt von der Suggestion einer Gefahr für Leib und Leben, wie sie eigentlich für den militärischen Notfall typisch ist. Wahrscheinlich bedient sich genau deshalb die höchste politische Ebene so instinktiver einer aufschlussreichen Kriegsmetaphorik. Frankreichs Präsident, Emmanuel Macron, alarmierte in einer Fernsehansprache seine Landsleute, Frankreich stehe im Krieg gegen einen „unsichtbaren Feind“. US-Präsident Donald Trump, der die Gefahren einer Corona-Pandemie lange Zeit heruntergespielt hatte, erklärte, als sich die Realität nicht mehr länger wegwittern ließ, kurzerhand: „Wir sind im Krieg.“ Und aus Italien verlau-

PIZZICATO

Slacking im Home-Office

Wie wird das denn nun werden, da uns die Sommerzeit eine Stunde mehr Tageslicht schenkt? Eine Stunde mehr Facebooken, Bloggen, Chatten, Simsen, Twittern, WhatsAppen, Zoomen, Skypen, Slacken und was es sonst noch gibt an Kommunikationstechnologien. Vom guten, alten Telefonieren ganz zu schweigen.

Da die soziale Kontrolle beim Teleworking oft wegfällt, reißen Sitten ein wie im Silicon Valley, Heimat der Hightech-Genies, Gurus und Nerds – und der Erfinder von Slack, der digitalen Kommunikationsplattform. Slack oder Slacking, das heißt so viel wie schlaff, nachlässig, abhängen – und trifft ganz gut das Erscheinungsbild im Home-Office, wo sich Pizzaschachteln, Flaschen und Geschirr stapeln. Ehe man sich's versieht, sprießt einem ein Fünftagebart und die Haare stehen wild zu Berge – und kein Friseur weit und breit.

Manche schlurfen in T-Shirt und Boxershorts herum. Wie jener Ex-USA-Korrespondent der „Süddeutschen“, der sich als „Pyjama-Korrespondent“ bezeichnet und damit seine Zunft gemeint hat, die es in aller Herrgottsfrüh zum Laptop treibt, während die Redakteure in der Heimat ihr Mittagessen verzehren. Wir fragen uns indes, wie es den ORF-Kollegen ergehen mag, die am Küniglberg als „ZiB“-WG in extremis kaserniert sind. Bärte und Strubbelfrisuren wären uns derweil nicht aufgefallen. Was noch kommen kann ... (vier)

Reaktionen an: thomas.vieregge@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Das ganze Land muss „zusammenstehen“

Corona-Pandemie und die Folgen
Derzeit werden von der Regierung Milliarden an Förderungen zur Bekämpfung der Corona-Krise zur Verfügung gestellt, was ich – sofern man auf eine sorgfältige, den Missbrauch ausschaltende Verteilung dieser Gelder achtet – gut und richtig finde. Wir alle müssen zum Teil sehr gravierende Änderungen unserer Lebensbedingungen (auch zum Schutz der älteren Personen) hinnehmen.

- ▶ Das ganze Land „steht still“.
- ▶ Menschen werden arbeitslos od. müssen (wenn sie Glück haben) Kurzarbeitsmodelle akzeptieren.
- ▶ Unternehmen brechen Umsätze und Einnahmen weg.

Aus diesen Gründen müsste es gerechterweise auch einen Solidaritätsbeitrag (oder wie immer man es nennen möchte) für Pensionisten ähnlich dem Kurzarbeitszeitmodell geben. Ich denke, wenn das ganze Land „zusammenstehen muss“, sollte das auch für die von uns allen geschätzte ältere Generation gelten. Ich bitte Sie, diese Überlegungen in Ihre Berichterstattung einfließen zu lassen.

Traude Stoier, 2651 Reichenau

Leben alle nur von der Hand in den Mund?

Die Corona-Krise hat natürlich auch viele Unternehmen weltweit, vom Ein-Personen-Unternehmer bis hin zu globalen Konzernen, sehr hart getroffen. In den letzten Tagen hörte man auch, dass viele, auch kürzlich von Wirtschaftsexperten als „gesunde Unternehmen“ bezeichnete, Betriebe ohne massive staatliche Hilfe vor der Insolvenz stehen. Wie gesund ist eigentlich eine Firma, die nach nur zwei bis drei Wochen massiver

Umsatzrückgänge Insolvenz anmelden muss? Warum wurden keinerlei Rücklagen angelegt oder Notfallpläne vorbereitet? Leben alle nur von der Hand in den Mund und sind so hoch verschuldet, dass sie nach ein paar Wochen Geschäftsausfall schon pleite sind?

Offenbar lebt die globale Wirtschaft spätestens seit der Finanzkrise nur mehr von vermeintlich billigen Krediten in der Null- und Negativzinsphase und hat ein ständiges Wachstum ohne irgendwelche Störungen ihrem „Businessplan“ zugrunde gelegt. Auch höre ich, dass es vielen Arbeitnehmern ähnlich geht. Kaum jemand scheint einen Notgroschen angespart zu haben, um wenigstens eine Zeit lang auch ohne Einkünfte die Miete zahlen zu können! Ich kann nur hoffen, dass die Krise wenigstens diesbezüglich bei vielen zu einem Umdenken führt und wieder vernünftiger, nachhaltiger und, wenn man so will, konservativer gewirtschaftet wird!

Peter Krbez, 8010 Graz

tete schon vor zwei Wochen, dass der Krieg losgebrochen sei.

Die martialische Rhetorik indes macht vor allem darauf aufmerksam, dass uns der Ausnahmezustand in Friedenszeiten eine gewissenhafte Diskussion über die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen abverlangt. Diese Diskussion bleibt uns nur so lang erspart, wie der (präventive) Gesundheitsschutz uneingeschränkt oberste Priorität genießt. Sobald jedoch die unvermeidbaren Nebenfolgen der Schutzmaßnahmen verstärkt in den Radius der öffentlichen Aufmerksamkeit treten, etwa die Bedrohung unseres Wohlstands, psychische Folgen sozialer Isolation oder Einschränkungen unserer Privatsphäre, werden kontroverse Debatten unvermeidlich sein.

Administrative Krise

Solang die Angst vor dem Coronavirus dominiert und die kollektive Opferbereitschaft hoch ist, kann sich die Politik darauf beschränken, die Krise zu administrieren. Es geht in diesem Fall vor allem darum, mehr und schnellere Tests zur Verfügung zu stellen, ausreichend Schutzbekleidung und Atemmasken zu organisieren, die Kapazitäten in der medizinischen Intensivbetreuung zu erhöhen und die Impfstoffforschung voranzutreiben. All das sind aufreibende und ernste Probleme, aber sie sind „nur“ verwaltungstechnischer Art. Solange die Krisenpolitik quer durch alle Bevölkerungsschichten Anklang findet (und 95 Prozent unterstützen hierzulande laut Innenminister Karl Nehammer die Maßnahmen), kann sich die Politik auf Gesundheitsschutz und die Erhaltung eines leistungsfähigen Gesundheitssystems konzentrieren. So bleibt die Corona-Krise eine administrative Krise.

Die administrative Krise wird sich jedoch in eine politische Krise verwandeln, sobald sich grundsätzlicher Dissens artikuliert. Dieser Widerspruch wird sich natürlich nicht gegen die grundlegende moralische Überzeugung richten, dass die menschliche Gesundheit ein schätzenswertes Gut ist. Mit Blick auf die wirtschaftlichen, sozialen und demokratiepolitischen Folgen der Krisenpolitik

DER AUTOR



Alexander Bogner (* 1969) ist Soziologe und arbeitet am Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien. Er ist Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie. [Beigestellt]

werden in naher Zukunft Diskussionen über Art, Anlass und Dauer der konkreten Maßnahmen losbrechen.

Die ökonomischen Folgen, die durch die Maßnahmen gegen das Coronavirus entstehen, werden vermutlich bald zum vordringlichsten Aspekt der Krise werden, hat der Wiener Historiker Philipp Ther kürzlich vermutet. Tatsächlich sind bereits Diskussionen darüber ausgebrochen, ob das Virus oder eine Rezession aktuell das größere Problem darstellen. Die von der Politik verabreichte Medizin sei schlimmer als die Krankheit, hört man nicht nur aus Trumps Administration. Weiters wird uns die Abwägung zwischen Gesundheitsschutz und Datenschutz immer stärker beschäftigen. Schließlich hat der Mobilfunkanbieter A1 damit begonnen, der Regierung anonymisierte Bewegungsdaten seiner Kunden zugänglich zu machen. In Deutschland nutzt das Robert-Koch-Institut heute schon anonymisierte Handydaten der Deutschen Telekom, um daraus Rückschlüsse auf die Ausbreitung des Virus zu ziehen. Unter welchen Umständen wären wir bereit, uns einer lückenlosen Kontakt- und Standortkontrolle zu unterwerfen?

Politische Krise

Österreichs Krisenmanagement wird in ganz Europa als vorbildlich gelobt. Tatsächlich ist es entschlossenem politischen Handeln zu danken, dass uns jene Bilder des Schreckens erspart geblieben sind, die uns jeden Tag aus der Lombardei erreichen. Dennoch werden Fragen aufkommen, die auf eine gründliche Irritation unserer Routine hinweisen. Etwa die Frage, welche Opfer wir eigentlich zu erbringen bereit sind, um die Zahl der „normalen“ Gripptoten zu reduzieren. Liegen uns die Gripptoten nur deshalb weniger am Herzen, weil sie mangels Masse nicht die brutale Frage der Priorisierung medizinischer Hilfeleistungen heraufbeschwören? Oder: Wie hoch setzen wir den Schutz des menschlichen Lebens an, wenn es um unsere Mobilitätsideale geht?

Wenn alle diese Fragen aufbrechen, wenn plötzlich wieder divergierende Interessen, Werte und Wissensansprüche im Raum stehen, wird sich aus der Corona-Krise eine politische Krise entwickeln, das heißt eine fundamentale, hoch kontroverse und offene Debatte über politisches Krisenmanagement. Mit Blick auf eine lebendige Demokratie wird man sagen müssen: zum Glück.

E-Mail an: debatte@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON ANNELIESE ROHRER



Und es passiert doch? Über den Wunsch, sich zu irren

Warum ein vor neun Jahren geschildertes Szenario in Corona-Zeiten nicht mehr so abwegig erscheint und Wachsamkeit bei Maßnahmen der Politik ratsam ist.

Österreich könnte – und es ist auch für die absehbare Zukunft nicht auszuschließen – in eine Krisensituation geraten, mit Massenarbeitslosigkeit, mit Bedrohung von außen, mit einer wirklichen sozialen Krise. All diese Faktoren könnten in einem unglücklichen Augenblick der Geschichte gleichzeitig auftreten und die Menschen wären sofort bereit, ein Stück Freiheit zu opfern (...). Wenn in einer solchen Situation das Gespür abhandengekommen ist, was demokratisch geht und was nicht, dann verlieren alle. Wenn dann zu einer allgemeinen Wirtschaftskrise noch eine Vertrauens- oder Glaubwürdigkeitskrise der Politik hinzukäme (...) könnte die Situation auf die Seite einer Pseudo-Demokratie kippen, in der nur mehr das institutionelle Gerippe den Schein wahrht ...

Dieses Szenario habe ich vor neun Jahren in dem kleinen Band „Ende des Gehorsams“ entworfen – im Konjunktiv und in der Hoffnung, es möge nie so weit kommen. Ich bereue, dies damals so geschrieben zu haben und hoffe heute inständig, ich möge unrecht gehabt haben. Alles nur ein Irrtum! Nie wäre die Bereitschaft größer, ihn zuzugeben, als jetzt. Nie würde ich mich mehr darüber freuen als jetzt. Nur das mit der Glaubwürdigkeitskrise in der Politik hat sich bewahrheitet – in Tirol.

Jetzt ist die Krisensituation da. Anders als angenommen. An eine Pandemie hatte ich 2011 nicht gedacht. Nur an die Bereitschaft vieler Österreicher, ihre Freiheit rasch der vermeintlichen Sicherheit zu opfern. Das ist durch Umfragen belegt, wonach autoritäre Strukturen in Österreich populärer sind als im Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten.

Die vergangenen Wochen haben gezeigt, wie ergeben und gehorsam Einschränkungen der Grund- und Freiheitsrechte hingenommen werden. Jetzt ist nicht die Zeit, über Widerstand nachzudenken. Nur, es findet fast kein öffentlicher Diskurs über die Gefahren dieser Entwicklung statt. Das ist so beunruhigend wie bedenklich. Nicht nur in Österreich. Vor einigen Tagen warnte Uwe Volkmann, Professor für Öffentliches

Recht und Rechtsphilosophie an der Universität Frankfurt, in seinem „Verfassungsblog“ vor Spätfolgen: „Man bekommt, wenn man den Blick von dem gegenwärtigen Problem einmal abwendet, eine Ahnung davon, was auch in demokratischen Rechtsstaaten binnen kurzer Zeit möglich ist, wenn einmal die falschen Leute den Hebel der Macht – oder sagen wir, wie es ist: die des Rechts – in die Hand bekommen.“

Ironie der Geschichte: Vor etwas mehr als einem Jahr war die Empörung groß, als der damalige Innenminister Herbert Kickl plötzlich verkündete: „Recht muss Politik folgen, nicht Politik dem Recht.“ Ein Aufschrei der Verfassungsrechtler, Richter, Anwälte folgte: „Das wird gefährlich.“

Und heute? Stille. Verfassungsrechtler Heinz Mayer mahnt „Verhältnismäßigkeit“ ein, sonst lassen sich keine öffentlichen Reaktionen in Juristenkreisen finden. Eine anonyme Plattform namens Coview-19 will die freiheitsbeschränkenden

Maßnahmen der Regierung „kritisch begleiten“, Amnesty International warnt, bei den Neos schrillen wegen der Pläne der Regierung zu „Big Data“ die Alarmglocken. Es ist auffallend, wohl auch bezeichnend, dass die Debatte um die „drastischen Einschränkungen der Grundrechte“ in Deutschland viel engagierter und intensiver geführt wird als in Österreich. Erstaunlich auch, dass ausgerechnet Christine Lambrecht, Justizministerin und SPD-Politikerin, bereits Anfang März jede Diskussion darüber abwürgen wollte. Und zwar mit der Begründung, die Menschen wollten es so. Schluss der Debatte, auch wenn die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ titelte: „Corona darf unsere Freiheit nicht zerstören.“

Der „Hebel des Rechts“ (Uwe Volkmann) in den Händen der falschen Leute? Ungarns Viktor Orbán hat bereits zugegriffen – und die EU andere Sorgen. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Aber vielleicht irre ich mich auch wieder.

E-Mail an: debatte@diepresse.com

Zur Autorin:
Anneliese Rohrer ist Journalistin in Wien.
diepresse.com/rohrer

Am Montag in „Quergeschrieben“:
Anneliese Rohrer

Gehen Sie gut miteinander um

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat es keine ähnliche Situation in unserem Land bzw. in Europa gegeben. Tausende Tote in Italien und Spanien, die Wirtschaft weitgehend heruntergefahren – und man kann eigentlich nur machtlos zuschauen. Umso wichtiger scheint es mir, trotz allem das Positive zu sehen und dankbar zu sein. Viele Mitmenschen arbeiten hart in den verschiedensten Berufen, um unser Leben zu erleichtern und trotz der Pandemie auch für Recht und Ordnung im Lande zu sorgen. Vielen Dank dafür!

Unser Land hat sich durch viel Fleiß, harte Arbeit und Zukunftsglauben nach dem letzten Krieg beispielhaft hochgearbeitet. Danke liebe Eltern, Groß- und Urgroßeltern! Und daher bitte ich heute unsere Landsleute, gut miteinander umzugehen, kameradschaftlich und positiv zu sein – und sich auf die Zeit nach der Krise zu konzentrieren. Kopf hoch! Unsere

wunderbare Heimat Österreich ist es wert, mutig und voller Zuversicht in die Zukunft zu blicken!

Werner Hardt-Stremayr, 9520 Annenheim

Schieflage bei der Kurzarbeit

„Kurzarbeit – oder doch Kündigung?“ von Christine Kary, 26. 3. Bei den im Artikel angeführten monatlichen Kosten i. H. v. 340,00 (Gehalt i. H. v. 2.500,00 und 90 % Reduktion der Arbeitszeit) sind die Lohnnebenkosten noch nicht inkludiert. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die gleiche Regelung auch für das Feiertagsentgelt gilt. Da es in den Monaten April bis Juni fünf Feiertage gibt, ergeben sich weitere Zusatzkosten, die der Dienstgeber mangels Arbeitsmöglichkeit nicht verdienen kann. Wenn die Kurzarbeit (90 % Reduktion, Gehalt 2.500,00) von April bis Juni andauern sollte, ergeben sich für die anteiligen Urlaube und Feiertage Kosten i. H. v. ca. 1.800,00 (ohne Lohnnebenkosten) pro Dienstnehmer. Österreichweit

dürfte die Belastung für alle Dienstgeber weit über 1,0 Mrd. Euro betragen. Bei einigen Dienstgebern kann diese „Schieflage“ unter Umständen den Ausschlag für die Kündigung der Dienstnehmer geben. Die Bundesregierung ist aufgerufen, hier eine faire Lösung zu finden.

Außerdem sollte eine gesetzliche Regelung zum Thema „gutgläubiger Verbrauch“ eines eventuell zu hoch ausbezahlten Nettogehaltes wegen Kurzarbeit beschlossen werden. Es besteht derzeit die Gefahr, dass ein eventuell zu viel ausbezahltes Gehalt nicht rückgerechnet werden kann.

Mag. Johannes Unger, Steuerberatung, 1040 Wien

Im Nachhinein weiß man alles besser

„Oper auf Deutsch“, Leserbrief von Ioan Holender, 26. 3. Zum Leserbrief von Herrn Holender möchte ich Folgendes anmerken: Er hätte während seiner Zeit als Staatsopern-Direktor die von

ihm als vernachlässigt bezeichneten deutschen beziehungsweise deutschsprachigen Opern wieder ins Repertoire aufnehmen und so seinen Beitrag leisten können. Wie alle ehemals Tätigen (auch Politiker) weiß auch er im Nachhinein alles besser.

Susanne Bauda, 1010 Wien

Nur eine starke EU kann Europas Länder schützen

„Autokratische Versuchung“, Analyse von Burkhard Bischof, 25. 3. Danke, Herr Bischof, für Ihre Analyse! Das Coronavirus macht die Defizite der europäischen Zusammenarbeit sichtbar. Die Ursachen dafür findet man in anderen Krankheitserregern, so zum Beispiel dem faschistoiden Orbán-Virus. Bis heute haben Europas Spitzenpolitiker es zugelassen, dass Orbáns Clan mit EU-Geldern seine Allmacht ausbauen konnte. Die Ungarn selbst können medienzensuriert nur stumm zusehen, wie ihr Land, zur großen Freude global agierender Großmächte,

gegen die EU mobil macht. Es ist höchste Zeit, dass Europas Politiker sich endlich kompromisslos für demokratische Prinzipien und Solidarität starkmachen und den angehenden Diktatoren und Totengräbern Europas jede Unterstützung entziehen. Nur eine starke EU kann Europas Länder vor Viren und dem Ausverkauf an die folkloristische Trophäensammlung der kommunistischen Partei Chinas schützen.

Prof. Dr. Walter Rehorska, 8480 Mureck

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.
Twitter: @media_wall
E-Mail: debatte@diepresse.com
Redaktion Leserbriefe: Henriette Adrigan, Ursula Mayer
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com
Debatte Online: diepresse.com/debatte
Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.
Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zeitschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.